



Stadt lüftet das Geheimnis um die massive Steuersenkung

Die Stadt Rapperswil-Jona verkauft zwei Drittel ihrer Anteile an der Erdgas Obersee AG. Das soll der Firma mit dem neuen Namen Energie Zürichsee Linth AG mehr Spielraum für die Zukunft geben. Der Stadt eröffnet sich ein Spielraum für eine massive Steuersenkung. Nur eine Ortspartei äussert grundsätzlich Skepsis an den Plänen.



Geben Deal bekannt: Roland Dörig (Anlagestiftung CS), Erich Zoller und Hansruedi Müller (Energie Zürichsee Linth AG, v.l.). Bild Pascal Büsser



von Pascal Büsser

Nun ist klar, wie der Stadtrat von Rapperswil-Jona die Steuern von 90 auf 80 Prozent senken will. Um damit auf Position eins im kantonalen Steuerranking aufzusteigen. Stadtpräsident Erich Zoller hatte vor einem knappen Monat an der Expo Rapperswil-Jona mit dieser Ankündigung für Aufsehen gesorgt (Ausgabe vom 30. September). Eine umfassende Erklärung für die massive Steuersenkung, nachdem der Gesamstadtrat Ende 2015 eine Verringerung um zwei Prozent abgelehnt hatte, blieb er schuldig.

Verkauf bringt Stadt 44 Millionen

Gestern lüftete sich nun der Schleier. Ein Teil der Steuersenkung resultiert aus dem Abstoss der Mehrheit der Aktien an der Erdgas Obersee AG. Die Stadt reduziert ihren Anteil von 95 auf 35 Prozent. Das spült ihr rund 44 Millionen Franken in die Kasse.

Laut Stadtpräsident Erich Zoller will der Stadtrat das Geld verwenden, um Schulden im Umfang von rund 50 Millionen Franken abzubauen. Damit verschaffe man sich Spielraum angesichts der anstehenden Investitionen wie beim Alterszentrum Schachen oder im Lido. Durch den Schuldenab-

bau sinke der jährliche Zins- und Abschreibungsaufwand der Stadt ab 2018 um rund fünf Millionen. «Das entspricht rund sechs Steuerfussprozenten», so Zoller. Weitere vier Steuerfussprozentpunkte könne man dank des absehbar guten Rechnungsabschlusses 2016 und der positiven Entwicklung des Steuersubstrats reduzieren.

Drei Millionen Franken aus dem Verkaufserlös will die Stadt zudem in einen neuen Fonds für die Förderung erneuerbarer Energien in städtischen Liegenschaften stecken.

«Langfristige Strategie»

Der Steuersenkung, der Verwendung des Verkaufserlöses sowie der Schaffung des Fonds muss die Bürgerversammlung der Stadt noch zustimmen. Der Abstoss von zwei Dritteln der Aktien ist dagegen beschlossene Sache. Dieses Geschäft lag in der Kompetenz des Stadtrats.

Zoller betonte indes, dass man mit 35 Prozent der grösste Aktionär der Firma bleibe, die neu als Energie Zürichsee Linth AG auftritt. Eine langfristige Strategie sei mit der Credit Suisse Anlagestiftung (CSA), die Pensionskassengeld verwaltet, gesichert, bekräftige auch Verwaltungsratspräsident Hansruedi Müller. Das sei für al-

le Beteiligten entscheidend. Die CSA hat letzte Woche ein Drittel der Aktien von der Stadt gekauft. Kernpunkte der künftigen Strategie habe man in einem Vertrag festgelegt, ergänzte Zoller. So sei beispielsweise sichergestellt, dass die Infrastruktur, etwa die 350 Kilometer langen Gasleitungen, nicht verkauft werden können.

Hohe Nachfrage erwartet

Ein weiteres Drittel der Aktien – insgesamt 12000 – soll zwischen nächstem Montag, 12 Uhr, und dem 15. November an ein breites Publikum verkauft werden. Zum Preis von 1833 Franken pro Aktie. Angst, dass diese keine Abnehmer finden, habe man nicht, im Gegenteil. «Wir rechnen damit, dass die Nachfrage im aktuellen Tiefstzinsumfeld das Angebot übersteigt», so Zoller.

Durch den strategischen Rückzug der Stadt soll die Energie Zürichsee Linth AG mehr unternehmerischen Handlungsspielraum bekommen. Diese will sich noch stärker vom klassischen Erdgaslieferanten hin zum Rundum-Energiedienstleister entwickeln – deshalb auch der Namenswechsel. Zwei Heizungs- und Sanitärfirmen hat man zu diesem Zweck bereits als Tochterfirmen aufgekauft.

Positives Echo bei Parteien - nur UGS skeptisch

Bei den **Ortsparteien** stossen die Pläne der Stadt auf mehrheitlich **positives Echo**. «Es gibt keinen Grund, dass die Stadt ein Gaswerk betreiben soll», sagt FDP-Interimspräsident Rolf Dürr. Ebenso begrüsse die FDP die Steuersenkung. «Wir fühlen uns bestärkt darin, dass man die Steuern bereits

früher hätte senken können», so Dürr. **Ins gleiche Horn stösst SVP-Parteipräsident Kurt Kälin**. Zurückhaltender äussert sich **SP-Co-Präsident Robert Hegi**. Grundsätzlich sei die Reduktion der Beteiligung nachvollziehbar. Die **Gewinnverwendung** und das **Ausmass der Steuersen-**

kung werde die SP noch **genauer unter die Lupe nehmen**. Skeptisch zur **«Privatisierung»** äussert sich Silvia Kündig von der **UGS**. Ebenso sieht sie die **Steuersenkung** von 10 Prozent als **fragwürdig** an. **Positiv** sei, dass die Stadt den **Fonds für erneuerbare Energien** schaffen wolle. (pb)